

## Polizei sichert Atomtransport

Ladung auf dem Weg in die USA

VON REIMAR PAUL

**Nordenham.** Von den Behörden zunächst streng geheim gehalten, wegen des großen Polizeiaufgebotes aber dennoch nicht unbemerkt, ist diese Woche ein Atomtransport auch durch Norddeutschland gerollt. Am Dienstag wurde die nukleare Fracht im Midgard-Hafen Nordenham von drei Lastwagen auf ein Schiff umgeladen, es ist inzwischen auf dem Weg in die USA. Einer Meldung der Polizei Oldenburg zufolge, soll es sich bei der Ladung um „unbestrahlten Kernbrennstoff“ handeln. Umweltschützer bezweifeln das, aus ihrer Sicht ergibt eine Verschiffung frischer Reaktor-brennelemente in die Vereinigten Staaten keinen Sinn. Vielmehr könnten sogenannte Mox(Mischoxid)-Brennstäbe an Bord sein, deren Einsatz in Atomreaktoren wegen des hohen Plutoniumanteils besonders umstritten ist.

Erste Meldungen über den Transport hatte es in der Nacht zu Dienstag gegeben. Über mehrere Stunden hatte sich der Rastplatz Siegerland Ost an der Autobahn 45 nahe der Landesgrenze von Hessen zu Nordrhein-Westfalen in eine Art Wagenburg verwandelt. Geschützt von Polizeifahrzeuge, waren dort drei Spezial-Lastwagen vorübergehend abgestellt worden.

In Niedersachsen übernahmen Einsatzkräfte der Polizeidirektionen Oldenburg, Lüneburg, Osnabrück, der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen sowie der Wasserschutzpolizei und der Bundespolizei den Geleitschutz. Zwischen Oldenburg und Brake musste der Konvoi wegen eines Defektes an einem der Lkw stoppen. Die Polizei sperrte die Bundesstraße 211 vorübergehend voll ab. Es habe jedoch zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Bevölkerung und die eingesetzten Kräfte bestanden, sagte Einsatzleiter Bernd Deutschmann später. Während der Verladung war das Hafengelände in Nordenham von starken Polizeikräften abgesichert.



## Protest gegen Fremdenhass

**R**und 1500 Menschen haben am Mittwoch nach dem Brandanschlag auf ein geplantes Flüchtlingsheim in Barsinghausen gegen Fremdenhass demonstriert. Mit Transparenten wie „Null Toleranz für Brandstifter“ und „Keine Macht den Doofen“ protestierten die Teilnehmer gegen Rassismus. Initiator der Demonstration unter dem Motto „Für unser Barsinghausen: weltoffen, mitfühlend und hilfsbereit“ ist das Bündnis „Barsinghausen ist bunt“. Schon im Aufruf zur Demonstration hieß es im Internet: „Diese Stadt gehört nicht den Brandstiftern. Sie werden ihr Ziel nicht erreichen.“ Die Veranstalter unterstrichen: „Wir werden weitermachen zum Wohl der Stadt und der Menschen. Das Flüchtlingsheim wird entstehen.“

Am vergangenen Sonnabend hatten unbekannte Täter den Rohbau in Brand gesetzt. Wegen geöffneter Gasflaschen im Gebäude bestand Explosionsgefahr. Nach Angaben der Polizei entstand ein Schaden von 100 000 Euro, Menschen wurden nicht verletzt. Bis Ende März hätte das Gebäude für 48 Menschen bezugsfertig sein sollen. Die Täter konnten bislang nicht ermittelt werden. Die Stadt lässt nun prüfen, ob der Bau nur saniert oder neu errichtet werden muss.

FOTO: DPA

## Doping im Stall

Turbo-Kühe geben durch Antibiotika mehr Milch / Minister: Gefahr für den Menschen

VON SILKE LOODEN

**Hannover-Berlin.** Acht von zehn Milchkuhen erhalten regelmäßig Antibiotika, jede zehnte Behandlung erfolgt mit den für Menschen so wichtigen Reserveantibiotika. Das haben Recherchen der Umweltschutzorganisation Germanwatch ergeben. Niedersachsen Agrarminister Christian Meyer (Grüne) warnte indes vor der „Post-Antibiotika-Ära“ – mit unabsehbaren Folgen für die Gesundheit des Menschen.

Die Angaben über den Antibiotika-Verbrauch im Kuhstall gehen auf Daten des Bundesamtes für Verbraucherschutz zurück. Bislang wurden nur Zahlen zum Verbrauch bei Masttieren veröffentlicht. Denn nur für diese besteht eine Meldepflicht. „Kühe erhalten 1,5 bis 3,3 Mal im Jahr Antibiotika. Das sind besorgniserregende Werte“, sagt Germanwatch-Agrarexpertin Reinhold Benning.

Nach Angaben des Bundesamtes ist der Verbrauch von Antibiotika in der Veterinärmedizin 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 214 Tonnen oder 15 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig aber stieg der Verbrauch von Reserveantibiotika. Die Abgabe von Fluorchinolonen verdoppelte sich sogar gegenüber 2011, dem Ersterfassungsjahr. Zahlen für 2015 liegen noch nicht vor.

Reserveantibiotika sind für den Menschen so wichtig, weil sie bei bestimmten Krankheiten die einzigen Mittel sind, die noch helfen. Gegen herkömmliche Antibiotika wie Penicilline sind Krankheitskeime zunehmend resistent. Die Resistenzbildung wird durch die massenhafte Verwendung im Stall begünstigt.

Als „Alarmsignal“ bezeichnete Minister Meyer, dass der Wirkstoff Colistin seine Wirkung verliert. Das Antibiotikum ist bei manchen Keimen die letzte Hoffnung für Patienten. „Der Bund muss endlich eine Negativliste für Reserveantibiotika liefern, die nicht mehr oder nur mit hohen Auflagen in der Tierhaltung eingesetzt werden dürfen“, forderte Meyer auf der Grünen Woche in Berlin.

Germanwatch macht die Hochleistungszucht für den massenhaften Einsatz von Antibiotika im Kuhstall verantwortlich. Turbo-Kühe seien anfälliger. Insbesondere sei ein starker Anstieg von Eutererkrankungen zu verzeichnen, erklärt Reinhild Benning. So erhielten vor allem Kühe, die bald kalben, vorsorglich ein Antibiotikum. Darüber hinaus begünstige das Medikament den Milchfluss. Die Kühe ließen sich schneller melken, gleichzeitig aber seien sie anfälliger für Krankheitserreger, weil die Zitze nicht mehr so fest schließe.

Germanwatch fordert die Erfassung der Antibiotika-Abgabe an Kühe, ähnlich wie es bei Schweinen und Hühnern bereits Pflicht ist. Darüber hinaus müsse endlich Schluss sein mit Rabatten, die Tierärzte für die Abnahme großer Mengen Antibiotika erhalten. „Nur fünf Prozent der Tierarztpraxen verschreiben 80 Prozent der Antibiotika“, so Benning. Tierärzte bräuchten Anreize, weniger Antibiotika zu verschreiben.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz sieht die Entwicklung mit Sorge, weil der

Verbrauch von Antibiotika in der Veterinärmedizin auch durch den Einsatz von Reserveantibiotika zurückgeht. Denn die Medikamente der neuen Generation werden geringer dosiert. Germanwatch kritisiert, dass Landwirte zu Reserveantibiotika greifen, um die Mengen zu reduzieren. Die Menge allein aber sage wenig aus.

Niedersachsen hat sich unabhängig vom Bund zum Ziel gesetzt, den Antibiotikaeinsatz bei Nutztieren binnen fünf Jahren um die Hälfte zu reduzieren. Vorbild ist Holland. Die Niederlande haben es binnen kurzer Zeit geschafft, den Antibiotikaverbrauch in der Landwirtschaft um 50 Prozent zu minimieren.

Inzwischen sagt auch der Vorsitzende der niedersächsischen Geflügelwirtschaft Friedrich-Otto Ripke, er wünsche sich „mehr Holland“. Die Branche habe wertvolle Zeit verloren, die für die Gesundheit des Menschen existenziell sei. Nach Angaben des Robert-Koch-Institutes und des Bundesamtes für Risikobewertung sterben jedes Jahr etwa 15 000 Menschen in Deutschland an Keimen, gegen die kein Mittel mehr hilft.



Antibiotika werden zunehmend auch im Kuhstall eingesetzt. Die Umweltorganisation Germanwatch warnt vor den Folgen für die menschliche Gesundheit. FOTO: DPA

## Sprachkurse für Flüchtlinge

Land zieht positives Zwischenfazit

**Hannover.** Mehr als 5800 erwachsene Flüchtlinge absolvieren derzeit in Niedersachsen einen Sprachkurs des Landes. „Bis zum Ende des ersten Quartals 2016 werden wir 13 500 Menschen mit einem Kursus erreicht haben“, sagte Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic (Grüne) am Mittwoch in Hannover. Von den insgesamt 685 Kursen hätten 293 bereits begonnen, die weiteren befinden sich in Vorbereitung und würden in Kürze starten.

2015 seien durch das Ministerium landesweit rund 700 Sprachkurse angeboten worden. Die Erfahrungen mit den Sprachkursen seien „durchweg positiv“, betonte Heinen-Kljajic. Eine hohe Nachfrage verzeichnete auch das auf hoch qualifizierte Flüchtlinge zugeschnittene Angebot zur Vorbereitung auf ein Hochschulstudium.

Probleme gebe es derzeit bei der Suche nach geeigneten Dozenten. „Das ist im Moment der eigentliche Flaschenhals“, sagte die Ministerin. Geplant seien deshalb weitere Fortbildungsangebote. Mit Blick auf die wachsenden Klagen von Lehrern, die Deutsch als Fremdsprache als Honorarkräfte unterrichten, aber unter prekären, schlecht bezahlten Arbeitsbedingungen leiden, erklärte Heinen-Kljajic. „Wir werden mit den Einrichtungen noch mal sprechen müssen, dass sie die Konsequenzen ziehen und die Kräfte fest anstellen.“

Generell zeige sich in den Kursen, dass die Bildungsqualifikationen der Flüchtlinge sehr unterschiedlich seien. „In der Debatte um die Bildungsqualifikationen der Flüchtlinge ist eine Versäglichung dringender erforderlich“, so Heinen-Kljajic. Weder würden nur Ärzte und Ingenieure nach Niedersachsen kommen, noch stimme das Szenario von lauter ungelerten Kräften oder Analphabeten. Es sei beeindruckend, wie sich die Menschen in den Kursen trotz ihrer oft schlimmen Erfahrungen vor und auf der Flucht „auf einen Neustart in Deutschland“ vorbereiteten. „Das Interesse ist sehr groß, es gibt kaum Abbrüche.“ DPA

### ÜBERFALL

#### Anklage gegen 15-Jährigen

**Lilienthal.** Drei Jugendliche haben nach Polizeiangaben einen 93 Jahre alten Rentner in seinem Haus in Lilienthal (Landkreis Osterholz) überfallen und ausgeraubt. Gegen einen 15-Jährigen wurde Anklage erhoben, wie Staatsanwaltschaft und Polizei in Verden am Mittwoch mitteilten. Der Jugendliche kam in Untersuchungshaft, nachdem er die Tat gestanden hatte. Ihm werden schwerer Raub, gefährliche Körperverletzung und Computerbetrug vorgeworfen. Zusammen mit seinen Kumpels im Alter von 14 und 16 Jahren war er vor gut zwei Wochen über die Terrassentür in das Haus des Rentners eingedrungen. DPA

### TÖDLICHER UNFALL

#### Jugendlicher von Zug erfasst

**Cuxhaven.** Ein 14-jähriger Radfahrer ist (Landkreis Cuxhaven) auf einem Bahnübergang in Cadenberge von einem Zug erfasst und getötet worden. Es werde untersucht, ob die Halbschranken des Bahnübergangs geschlossen waren, als der Junge dort unterwegs war, sagte eine Polizeisprecherin am Mittwoch in Cuxhaven. Es gebe dazu widersprüchlich Zeugenaussagen. Der 14-Jährige sei ein Junge aus Serbien gewesen, der in einer nahe gelegenen Flüchtlingsunterkunft wohnte. DPA

### BRAND IM DIAKONIE-HEIM

#### Bewohner zündet Matratze an

**Wildeshausen.** Ein Brand in einem Wohnheim der Diakonie in Wildeshausen (Landkreis Oldenburg) ist glimpflich verlaufen. Vermutlich habe ein Bewohner eine Matratze in Brand gesetzt, sagte eine Sprecherin der Einrichtung. Verletzt wurde niemand. 28 Bewohner seien vorübergehend in einer Turnhalle untergekommen, sie werden auf andere Gebäude der Einrichtung verteilt. Wann sie ihre verräucherten Wohnungen wieder beziehen können, steht noch nicht fest. Nach Angaben der Polizei wurde der mutmaßliche Brandstifter in eine psychiatrische Fachklinik gebracht. EPD

### TOTER WOLF

#### Tier von Auto überfahren

**Ovelgönne.** Erneut ist ein Wolf dem Straßenverkehr zum Opfer gefallen: Am frühen Dienstagmorgen wurde das weibliche Tier auf in der Gemeinde Winsen tot aufgefunden. Die Fähe sei überfahren worden, bestätigte am Mittwoch Volkhard Pohlmann, einer der Wolfsberater des Landes Niedersachsen im Kreis Celle. Das Tier lag zwischen den Ortschaften Ovelgönne und Oldau am Straßenrand. Dies ist seit Anfang 2015 bereits der zehnte Wolf, der in Niedersachsen nach Unfällen mit Autos verendet. JR

### REDAKTION NORDDEUTSCHLAND

Telefon 0421/36 71 32 05

Fax 0421/36 71 10 28

E-Mail:

norddeutschland@weser-kurier.de

## Neue Missbrauchsvorwürfe im Bistum Hildesheim

**Hildesheim.** Im katholischen Bistum Hildesheim soll es nach Recherchen des WDR einen weiteren mutmaßlichen Missbrauchsfall gegeben haben. Eine 39-jährige Frau habe sich gemeldet und von sexuellen Übergriffen durch den inzwischen suspendierten Priester Peter R. in ihrer Jugend berichtet, teilte der WDR am Mittwoch mit. Es handele sich um die Mutter einer heute 20-jährigen jungen Frau, die im vergangenen Jahr selbst sexuelle Übergriffe durch den pensionierten Pfarrer öffentlich gemacht hatte, die sie als Elfjährige erlebt habe. Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, forderte, das Bistum müsse in dem Fall einen erfahrenen unabhängigen Ermittler einsetzen.

In der WDR-Dokumentation „Richter Gottes“, die am Mittwochabend gesendet wurde, schildert die 39-jährige Mutter nach Angaben des Senders, dass auch sie ab 1993 als Jugendliche von dem Geistlichen sexuell belästigt worden sei. Das Bistum Hildesheim sei seit September 2015 auch über ihren Fall informiert, dort habe aber bislang niemand Kontakt zu ihr aufgenom-

men. Das Bistum bestätigte, es bestehe bislang kein Kontakt zur Mutter des Mädchens. Die näheren Umstände ihres Falles und die von ihr konkret erhobenen Vorwürfe, „waren dem Bistum bisher nicht bekannt“, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme.

Die Großeltern des Mädchens, das im vergangenen Jahr die Übergriffe öffentlich machte, hätten am 18. September 2015 ein Gespräch mit Weihbischof Heinz-Günter Bongartz und Schwester Ancilla Schulz, der Ansprechpartnerin für Verdachtsfälle sexueller Missbrauchs, gehabt. Sie hätten dabei auch mitgeteilt, dass die Mutter des Mädchens ebenfalls Opfer sexueller Übergriffe durch Peter R. geworden sei. Daraufhin habe das Bistum im Januar 2016 die Staatsanwaltschaft Berlin eingeschaltet.

Im Jahr 2010 sei von dritter Seite gegenüber dem damaligen Personalchef Bongartz lediglich „der allgemeine Verdacht kommuniziert worden, dass wahrscheinlich auch die Mutter des Mädchens von Peter R. sexuell belästigt worden sei“. Die Mutter sei aufgefordert worden, sich beim

Bistum zu melden, sei dem aber nicht nachgekommen.

Der unabhängige Missbrauchsbeauftragte Rörig äußerte sich besorgt, dass es im Bistum Hildesheim möglicherweise weitere noch unaufgeklärte Missbrauchsfälle geben könnte. Deshalb sei es notwendig, dass die Verantwortlichen eine „angesehene unabhängige Persönlichkeit mit der Aufarbeitung beauftragen, die in diesem Bereich schon Erfahrung gesammelt und kompetent ist“. Nur zu einer solchen Person könnten Betroffene Vertrauen schöpfen und über das ihnen angetane Leid sprechen. Als Vorbild nannte Rörig das Bistum Regensburg, das zur Aufklärung der Fälle rund um den Knabenchor der „Domspatzen“ einen Rechtsanwalt eingeschaltet habe.

Der Bundesbeauftragte betonte zudem: „Ich hoffe, dass die Spitzen von Bistümern oder anderen Organisationen nicht wieder in Verhaltensmuster von vor 2010 zurückfallen.“ Damals sei es in erster Linie darum gegangen, die Institution zu schützen. „Es geht nicht, dass die Verantwortlichen immer erst mal abwarten, was auf anderem Weg nach

außen dringt und dann nur stückchenweise Teilinformationen präsentieren.“

Peter R. gilt als einer der Haupttäter im Missbrauchsskandal am Berliner Gymnasium Canisius-Kolleg, der im Januar 2010 bekannt wurde. Seine dortigen Taten aus den 1970er- und 80er-Jahren sind aber inzwischen verjährt. Später arbeitete er rund 20 Jahre lang im Bistum Hildesheim.

Der Fall der heute 20-Jährigen hatte Ende vergangenen Jahres für Schlagzeilen gesorgt, da das Bistum zuerst keinen Hinweis auf einen Missbrauch gesehen hatte. Das Mädchen hatte sich im März 2010 als 14-Jährige den Verantwortlichen des Bistums anvertraut. Die jedoch schalteten erst mehrere Monate später die Staatsanwaltschaft ein.

Nach Kritik und Rücktrittsforderungen gestand der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle im vergangenen Dezember Fehler bei der Aufarbeitung ein. Vertuschungsvorwürfe wies er aber zurück. Inzwischen hat das Bistum Hildesheim entschieden, der 20-Jährigen eine Geldsumme als Anerkennung ihres Leids zu zahlen. EPD